

Vorwort

Unten sind jetzt *die Integrierten* [...] die anderen werden rausgeschmissen; aber das geht jetzt auch nicht mehr so einfach.

tr, 07–03-2012

Ein *Unten* impliziert ein *Oben*. Das *Jetzt* verweist auf ein *Bisher*. Das Zitat ist einer Steuerungssitzung entnommen, in welcher Geschäfte der kommunalen Schulbehörde vorberaten werden. Die Integrierten werden darin von jenen (anderen) differenziert, bei welchen sich die Option einer Separation offensichtlich *nicht* stellt. Doch *woher* genau stammt die Bezeichnung als Integrierte? Welches Ereignis markiert den impliziten Bruch, welcher das *Bisher* vom *Jetzt* trennt? Auf welches *Programm* wird verwiesen mit der Bemerkung, es sei »nicht mehr so einfach«, bestimmte Lernende »rauszuschmeißen«? Eine historische Einordnung vorab: Die heute unter dem Etikett der Integrierten bezeichneten Schüler*innen sollten eigentlich bereits seit gut dreißig Jahren – mit dem damals neuen Volksschulgesetz – nicht mehr *integriert* werden müssen. Jedenfalls scheint unbestritten, dass *die Integration* längst zu einem Politikum geworden ist.

Den vorliegenden Text habe ich in seiner ursprünglichen Form als Dissertation mit dem Titel *Die Integrierten: Eine Ethnographie der Übersetzungs- und Inskriptionsprozesse einer »integrativen Volksschule«* verteidigt. Heute, rund fünf Jahre später, präsentiere ich meine Studie in überarbeiteter Form unter einem neuen Titel, welcher die Politik der untersuchten Schulreform noch stärker unter der *Logik der Besonderung* positioniert: Wie wird schulische Heterogenität in den aktuellen bildungs- und schulpolitischen Debatten konstruiert? Wie und anhand welcher Kriterien werden Lernende einer besonderen Förderung *bedürftig* und dadurch als Integrierte erklärt? Wie werden Abweichungen von einer angeblichen Norm definiert, verteidigt, akzeptiert und in institutionelle Praktiken eingeschrieben? Wie wird aus dem normativen Programm einer »in-

tegrativen Volksschule« letztlich ein schulbürokratisches *Gegenprogramm*? Vor der Tatsache, dass gesetzlich verankerte Grundsätze nur zögerlich Eingang in die (schulische) Praxis finden, geht es im Folgenden um die kontroverse Aushandlung von *Differenzierungskategorien*, welche den sogenannten Integrierten einen Platz ganz unten in der Hierarchie des Schulsystems zuweist. In meinem Buch *Politik Inklusiver Bildung* kommen inhaltliche, aber auch finanzielle Verschiebungen oder »Übersetzungen« zum Ausdruck, durch welche verschiedene Räume, Zeiten und Akteur*innen zueinander in Beziehung gesetzt und als »Netzwerk« beschrieben werden.

Doch kehren wir zurück zum Zitat: In jener Steuerungssitzung wird die Zusammensetzung der als »belastet« bezeichneten Realklassen diskutiert und problematisiert. Eine Schulleiterin stellt fest, dass bisweilen auch (leistungsmäßig) »schwächere« Schüler*innen, welche sich aber in sozialer Hinsicht als »unproblematisch« erweisen, das anspruchshöhere Sekundarniveau besuchen dürfen, während die anspruchsgeringeren Realklassen zum Auffangbecken der als »verhaltensauffällig« taxierten Lernenden verkommen würden. Die Etikettierung als Integrierte wiederum steht im Zentrum der Umsetzung des Reformprojekts IBEM, auf welches bisweilen unter der Kurzform »die Integration« verwiesen wird: Im Kanton Bern stellte sich mit Inkraftsetzung einer neuen Verordnung aus organisatorischen Gründen die Frage, wo Schüler*innen, die bis anhin in sogenannten Kleinklassen separiert unterrichtet wurden, künftig weitergeschult werden sollen: ob in Regelklassen »integriert« (daher die Bezeichnung), in den definitorisch »neu« geschaffenen *Klassen zur besonderen Förderung* oder sogar in Sonderschuleinrichtungen außerhalb der Volksschule. Die somit kontextualisierte Bezeichnung als Integrierte hat allerdings weit über dieses einmalige Ereignis hinaus Fortbestand und wird zum Sammelbegriff für diejenigen, die aufgrund eines festgestellten »besonderen Bildungsbedarfs« potenziell separiert werden können.

Vor dem Hintergrund des dominanten Diskurses um *Inklusive Bildung* führt der Hinweis auf die Integrierten mitten in die Polemik schulischer Integration und deren Alternativen: Die Divergenzen beginnen bei den begrifflichen Uneinigkeiten bezüglich der definitorischen Abgrenzung von *Integration* und *Inklusion*. Handelt es sich dabei um ein rein sprachliches Phänomen der Übersetzungsungenauigkeit oder reflektiert die Verwendung dieser Begriffe eine gezielte, inhaltlich signifikante Differenzierung? Welche politischen Diskurse nehmen sich der Lernenden mit besonderen Bedürfnissen an und wie gestaltet sich die Aushandlung einer Praxis, welche integrative Fördersettings als *Regel* und separative Maßnahmen als *Ausnahme* proklamiert? Worin besteht

die Vision einer integrativen/inklusiven Schule und welche Mechanismen führen dazu, dass eine *per definitionem* integrative öffentliche Staatsschule *de facto* separative Praktiken und besondernde Strukturen generiert?

Die Geschichte, die ich hier erzählen möchte, handelt von der Entwicklung einer »integrativen Volksschule« im Kanton Bern, wobei ich zu behaupten wage, sie stehe exemplarisch für die *Politik Inklusiver Bildung*. Dabei wird mit Latour jenem schulbürokratischen *Stoß Papier* besondere Aufmerksamkeit gewährt, welcher mit Inkraftsetzung der Verordnung über die »Besonderen Maßnahmen« in Umlauf gebracht und in der Schulpraxis artikuliert wird. Die in den untersuchten Aushandlungsprozessen stets von Neuem hergestellte Polarität zwischen Integration und Separation bildet damit einen zentralen Dreh- und Angelpunkt: Auf der einen Seite steht die Anerkennung des Rechts auf Bildung und Teilhabe, während auf der anderen Seite die administrative Verwaltung und Kontrolle verfügbarer Ressourcen steht, welche mittels entsprechend legitimierter Zuschreibungen zu potenziell stigmatisierenden Etikettierungen und Besonderungen führen. Mit dieser Hypothese nehme ich jene Entwicklung vorweg, welche erst Jahre nach der Verteidigung meiner Dissertation in den kantonalen Gesetzestexten eingeschrieben wurde, nämlich die Integration eines »besonderen Volksschulangebotes« und als logische Konsequenz daraus: die Institutionalisierung »besonderer Volksschulen«.

Das Abenteuer, aus einer Dissertation ein »Buch« zu machen, hat meinem sozialen Umfeld einiges an Geduld und mir persönlich einen antiperfektionistischen Mutausbruch abverlangt. Ich danke allen, die mich in diesem Unterfangen unterstützt und gestärkt haben, und freue mich, von nun an im Kollektiv zu forschen!

Carla Jana Svaton

»chez ADU«, im Dezember 2022

